

Landeshauptstadt Magdeburg – Der Oberbürgermeister –		Drucksache DS0172/11	Datum 29.04.2011
Dezernat: II	II/01	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	10.05.2011	nicht öffentlich	Genehmigung OB
Finanz- und Grundstücksausschuss	22.06.2011	öffentlich	Beratung
Stadtrat	23.06.2011	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		X
	KFP		X
	BFP		X

Kurztitel

Jahresabschluss zum 31.12.2009 der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt den von der WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2009 der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss zum 31.12.2009 mit einer Bilanzsumme von 58.366.786,15 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 750.072,98 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 750.072,98 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 1.059.717,66 EUR zu verrechnen und den saldierten Verlust in Höhe von 1.809.790,64 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2009 zu entlasten,
 - den Geschäftsführern Herrn Johannes Ferdinand Kamm (01.01.2009 bis 30.06.2009), Herrn Ingolf Ulbrich (01.07.2009 bis 31.08.2009) und Herrn Norbert Lendrich (01.09.2009 bis 31.12.2009) für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

Finanzielle Auswirkungen

Organisationseinheit	2001	Pflichtaufgabe	x	ja		nein
-----------------------------	-------------	-----------------------	----------	-----------	--	-------------

Produkt Nr.	Haushaltskonsolidierungsmaßnahme				
		ja, Nr.			nein
Maßnahmebeginn/Jahr	Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt				
	JA		NEIN		x

A. Ergebnisplanung/Konsumtiver Haushalt

Budget/Deckungskreis:

I. Aufwand (inkl. Afa)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Ertrag (inkl. Sopo Auflösung)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

B. Investitionsplanung

Investitionsnummer: Investitionsgruppe:

I. Zugänge zum Anlagevermögen (Auszahlungen - gesamt)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Zuwendungen Investitionen (Einzahlungen - Fördermittel und Drittmittel)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

III. Eigenanteil / Saldo					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

IV. Verpflichtungsermächtigungen (VE)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
gesamt:					
20...					
für					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

V. Erheblichkeitsgrenze (DS0178/09) Gesamtwert	
<input type="checkbox"/>	bis 60 Tsd. € (Sammelposten)
<input type="checkbox"/>	> 500 Tsd. € (Einzelveranschlagung)
<input type="checkbox"/>	> 1,5 Mio. € (erhebliche finanzielle Bedeutung)
<input type="checkbox"/>	Anlage Grundsatzbeschluss Nr.
<input type="checkbox"/>	Anlage Kostenberechnung
<input type="checkbox"/>	Anlage Wirtschaftlichkeitsvergleich
<input type="checkbox"/>	Anlage Folgekostenberechnung

C. Anlagevermögen

Investitionsnummer:

--

Buchwert in €

--

Datum Inbetriebnahme:

--

Anlage neu

JA

Auswirkungen auf das Anlagevermögen					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	bitte ankreuzen	
				Zugang	Abgang
20...					

federführendes(r) II/01	Sachbearbeiter Frau Kliebe	Unterschrift Herr Koch
----------------------------	-------------------------------	---------------------------

Verantwortliche(r) Beigeordnete(r)	Unterschrift Herr Zimmermann
---------------------------------------	---------------------------------

Termin für die Beschlusskontrolle	30.09.2011
-----------------------------------	------------

Begründung:

Die WIBERA, Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, hat dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 sowie dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009 der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH (WuP) einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt (Anlage 1).

Grundsätzliche Feststellungen zur Lagebeurteilung und Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft

Bezüglich der Lagebeurteilung der Gesellschaft durch den Geschäftsführer verweisen wir auf die Anlage 2 zur Drucksache. Dort werden zusammengefasst der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft im Geschäftsjahr sowie die künftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken dargestellt.

Stellungnahme des Abschlussprüfers zur Lagebeurteilung der Geschäftsführung

„Die Beurteilung der Lage der Gesellschaft, insbesondere die Beurteilung des Fortbestandes und der wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des Unternehmens, ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung des gesetzlichen Vertreters dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.“

Bestandsgefährdende Tatsache und Verstoß gegen Offenlegungsfrist

Der Abschlussprüfer weist auf folgende bestandsgefährdende Tatsache hin:

„Die Gesellschaft ist aufgrund der angespannten Liquidität nicht mehr in der Lage, ihren Verpflichtungen aus dem Kapitaldienst planmäßig nachzukommen. Planmäßige Zins- und Tilgungsleistungen gegenüber dem Gesellschafter konnten in 2010 nicht geleistet werden. Zur Aufrechterhaltung der Liquidität und zur Gewährleistung der Kapitaldienstfähigkeit der Gesellschaft hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg im Oktober 2010 beschlossen, auf die Rückzahlung der Gesamtverbindlichkeiten (einschließlich Stundungszinsen) aus bestimmten Darlehen in Höhe von insgesamt 3.457 Tsd. EUR zu verzichten. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass ein zukunftsfähiger dreijähriger Tarifvertrag abgeschlossen wird.“

Es wird vom Abschlussprüfer daraufhin gewiesen, dass die Gesellschaft ihrer Verpflichtung zur Offenlegung des Vorjahresabschlusses gemäß § 325 HGB nicht fristgemäß nachgekommen ist.

Analyse 2008/2009**1. Gewinn- und Verlustrechnung 2008/2009 (Anlage 3)**

Die Umsatzerlöse in Höhe von 16.638 Tsd. EUR (Vorjahr 16.619 Tsd. EUR) betreffen im Wesentlichen die Erträge aus sechs Altenpflegeheimen und setzen sich folgendermaßen zusammen:

	2008 (Tsd. EUR)	2009 (Tsd. EUR)
- Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß Pflege VG	12.439	12.513

- Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	3.694	3.640
- Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen nach Pflege VG	27	33
-Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	459	452
Summe	<u>16.619</u>	<u>16.638</u>

Die Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten von 53 Tsd. EUR (Vorjahr 10 Tsd. EUR) betreffen ausschließlich die Seniorenwohnanlage in der Leipziger Straße. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert daraus, dass die Zahlungen des Aufwandszuschusses im Vorjahr durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt am 01.05.2008 bis zur Vorlage vollstreckbarer Grundschuldbestellungsurkunden und weiterer Formulare eingestellt wurden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 1.069 Tsd. EUR (Vorjahr 1.110 Tsd. EUR) setzen sich folgendermaßen zusammen:

	2008 (Tsd. EUR)	2009 (Tsd. EUR)
-Mietserträge	488	471
-Erträge aus Betriebskosten	250	257
-Inkontinenserträge	229	212
-Sonstige Erstattungen und Erträge	143	129
	<u>1.110</u>	<u>1.069</u>

Die Mieterträge und Erträge aus Betriebskostenerstattungen betreffen fast ausschließlich die Seniorenwohnanlage in der Leipziger Straße.

Die Personalaufwendungen 2009 werden in Höhe von 12.156 Tsd. EUR (Vorjahr 13.114 Tsd. EUR) ausgewiesen. Sie gliedern sich auf in Löhne und Gehälter in Höhe von 9.872 Tsd. EUR und in Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für sonstige Personalaufwendungen in Höhe von 2.284 Tsd. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr verringerten sich die Personalaufwendungen um 958 Tsd. EUR bzw. 7,3 %. Ursächlich dafür war insbesondere die gegenüber dem Vorjahr verkürzte Wochenarbeitszeit von 40 auf 38,5 Stunden sowie die im Sanierungsstarifvertrag vereinbarte Aussetzung von Sonderzahlungen 2009.

Den verringerten laufenden Personalkosten stehen die einmaligen Effekte aus der Bildung von Rückstellungen für Tarifstreitigkeiten in Höhe von 958 Tsd. EUR entgegen. Diese wurden teilweise durch die Auflösung von Rückstellungen für Altersteilzeitanwartschaften in Höhe von 635 Tsd. EUR kompensiert.

Der Materialaufwand in Höhe von 4.292 Tsd. EUR (Vorjahr 4.023 Tsd. EUR) beinhaltet die Aufwendungen für Lebensmittel in Höhe von 1.758 Tsd. EUR, Aufwendungen für Zusatzleistungen in Höhe von 363 Tsd. EUR, Wasser, Energie und Brennstoffe in Höhe von 965 Tsd. EUR, Wirtschaftsbedarf in Höhe von 635 Tsd. EUR und Verwaltungsbedarf in Höhe von 571 Tsd. EUR. Die Erhöhung des Materialaufwandes gegenüber dem Vorjahr resultiert aus den erhöhten Aufwendungen für Zusatzleistungen gemäß § 87 b SGB XI (Finanzierung von zusätzlichen Betreuungskräften zur Intensivierung der Betreuungsangebote demenziell erkrankter Bewohner). Diese Leistungen werden von Kostenträgern erstattet. Die Erträge werden unter der Position „Erträge aus Pflegeleistungen“ gebucht.

Die Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen in Höhe von 185 Tsd. EUR (Vorjahr 210 Tsd. EUR) betreffen Honorarvergütungen aus Dienstleistungsverträgen mit der Geschäftsleitung, die im Vorjahr unter dem Personalaufwand ausgewiesen wurden. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend umgegliedert. Weiterhin sind in dieser Position Kosten für die Erbringung der vertraglich gebundenen Lohnabrechnung der Servicegesellschaft für WuP enthalten.

Die Position Steuern, Abgaben und Versicherungen in Höhe von 159 Tsd. EUR erhöhten sich

gegenüber dem Vorjahr um 9 Tsd. EUR.

Die Aufwendungen für Mieten, Pachten und Leasing in Höhe von 51 Tsd. EUR (Vorjahr 94 Tsd. EUR) verringerten sich gegenüber dem Vorjahr vor allem aufgrund des Umzugs der Geschäftsführung in den Komplex Seniorenanlage Leipziger Straße und damit dem Wegfall der Mietzahlungen für die Büroräume in der Mozartstraße 6 in Höhe von 45 Tsd. EUR.

Die Erträge aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen in Höhe von 212 Tsd. EUR (Vorjahr 212 Tsd. EUR) betreffen einen Darlehenszuschuss der Landeshauptstadt Magdeburg aufgrund des Stadtratsbeschlusses-Nr. 793-41(II)96 vom 04.07.1996 zum Gründungsbeschluss des Eigenbetriebes SSW.

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten werden in Höhe von 1.450 Tsd. EUR (Vorjahr 1.515 Tsd. EUR) ausgewiesen. Die Auflösung der Sonderposten erfolgt entsprechend der Abschreibungen der bezuschussten Gegenstände des Anlagevermögens.

Im Berichtsjahr werden Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von 1.886 Tsd. EUR (Vorjahr 1.932 Tsd. EUR) sowie Abschreibungen und Wertberichtigungen von Forderungen in Höhe von 34 Tsd. EUR (Vorjahr 219 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Die Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung in Höhe von 393 Tsd. EUR (Vorjahr 381 Tsd. EUR) setzen sich zusammen aus Instandhaltung bzw. Instandsetzung von Anlagen (118 Tsd. EUR), von Gebäuden (85 Tsd. EUR), von beweglichem Anlagevermögen (59 Tsd. EUR), aus Wartungsverträgen (113 Tsd. EUR) und Sonstigem (18 Tsd. EUR).

Die sonstigen ordentlichen und außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 814 Tsd. EUR (Vorjahr 273 Tsd. EUR) betreffen im Wesentlichen die periodenfremden Aufwendungen in Höhe von 594 Tsd. EUR (davon 576 Tsd. EUR Aufwendungen für Grundsteuer aus der Übertragung des Grundvermögens in 2008), Aufwendungen für Inkontinenzmaterial in Höhe von 202 Tsd. EUR, sonstige außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 7 Tsd. EUR und Aufwendungen aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens in Höhe von 3 Tsd. EUR.

Die Ausschüttung der Tochtergesellschaft, der Servicegesellschaft, Wohnen und Pflegen Magdeburg GmbH, für das Jahr 2008 wird unter den Erträgen aus Beteiligungen erfasst.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge (0,3 Tsd. EUR; Vorjahr 12 Tsd. EUR) betreffen das Geschäftskonto bei der Bank für Sozialwirtschaft.

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen (389 Tsd. EUR; Vorjahr 411 Tsd. EUR) betreffen überwiegend Zinsaufwendungen für langfristige Darlehen.

Das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt -935 Tsd. EUR (Vorjahr -1.329 Tsd. EUR).

Die außerordentlichen Erträge in Höhe von 130 Tsd. EUR beinhalten insbesondere periodenfremde Betriebskostenerstattungen (121 Tsd. EUR) und periodenfremde Erträge (4 Tsd. EUR).

Die Weiteren Erträge in Höhe von 56 Tsd. EUR beinhalten insbesondere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Das Jahresergebnis beträgt aus den vorstehend genannten Gründen -750 Tsd. EUR (Vorjahr -1.056 Tsd. EUR).

2. Bilanz zum 31.12.2008/31.12.2009 (Anlage 4)

Die Bilanzposition Aktiva A., Anlagevermögen, beträgt zum 31.12.2009 55.251 Tsd. EUR (Vorjahr 56.925 Tsd. EUR)

Zum 31.12.2009 werden *Immaterielle Vermögensgegenstände* in Höhe 9 Tsd. EUR ausgewiesen. Der Bilanzwert betrifft ausschließlich Software und Lizenzen und hat sich im Geschäftsjahr folgendermaßen entwickelt:

• Anfangsbestand am 01.01.2009	1 Tsd. EUR
• Zugänge	10 Tsd. EUR
• Abgänge	0 Tsd. EUR
• Abschreibungen	<u>2 Tsd. EUR</u>
• Endbestand am 31.12.2009	9 Tsd. EUR

Nachfolgend wird die Entwicklung des Bilanzwertes der Sachanlagen aufgezeigt:

• Anfangsbestand am 01.01.2009	56.899 Tsd. EUR
• Zugänge	205 Tsd. EUR
• Abgänge	3 Tsd. EUR
• Abschreibungen	<u>1.884 Tsd. EUR</u>
• Endbestand am 31.12.2009	55.217 Tsd. EUR

Im Geschäftsjahr 2009 erfolgten Investitionen in Höhe von 205 Tsd. EUR. Die Anlagezugänge betreffen im Wesentlichen geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau für den 3. BA Heideweg.

Die Abgänge an Sachanlagen betrafen Gegenstände der Einrichtungen und Ausstattungen sowie technische Anlagen und Maschinen.

Die Abschreibungen werden linear, entsprechend der gewöhnlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Durch Auflösung der Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen wurden 1.450 Tsd. EUR der Abschreibungen neutralisiert.

Unter der Bilanzposition Aktiva A. III. Finanzanlagen werden die Anteile der 100 %-Beteiligung an der Servicegesellschaft WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG GmbH ausgewiesen.

Die Bilanzposition Aktiva B., Umlaufvermögen, setzt sich aus den Vorräten (18 Tsd. EUR) und den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen (3.055 Tsd. EUR) zusammen. Die größte Position des Umlaufvermögens ist die Forderung aus öffentlicher Förderung in Höhe von 2.690 Tsd. EUR. Dies betrifft Fördermittel des Landes nach Art. 52 Pflegeversicherungsgesetz, die die Landeshauptstadt für Sanierungsmaßnahmen von Altenpflegeheimen erhielt. Diese wurden umgewidmet (Stadtratsbeschluss-Nr. 2742-74(III)03) für die Errichtung von 60 Wohneinheiten im „Betreuten Wohnen“ am Standort Heideweg (3. Bauabschnitt). Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 79 Tsd. EUR enthalten vor allem Forderungen an die BfA (Altersteilzeit).

Die Position Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten (Bilanzposition Aktiva B III) beträgt zum 31.12.2009 27 Tsd. EUR. Davon sind 26 Tsd. EUR Verwahrgelder von Heimbewohnern, denen unter dem Passivposten das Verwahrgeldkonto Verbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüberstehen.

Unter der Bilanzposition Aktiva C. Rechnungsabgrenzungsposten werden im Voraus gezahlte Wartungsgebühren und Gebäudeversicherungen ausgewiesen.

Auf der Passivseite der Bilanz wird in der Bilanzposition A 1. das Gezeichnete Kapital unverändert mit 300 Tsd. EUR ausgewiesen.

Unter der Bilanzposition Passiva A. 2., Kapitalrücklage werden 5.192 Tsd. EUR (Vorjahr 5.192 Tsd. EUR) ausgewiesen. Sie enthält das mit Ausgliederungs- und Übernahmevertrag vom 24.08.2008 eingebrachte Kapital des Eigenbetriebes in die GmbH (abzüglich der 275 Tsd. EUR für die Stammkapitalerhöhung).

Unter der Bilanzposition Passiva A. 3., wird der Verlustvortrag aus dem Rumpfgeschäftsjahr 2007 in Höhe von 3 Tsd. EUR und dem Geschäftsjahr 2008 in Höhe von 1.056 Tsd. EUR ausgewiesen.

Unter Passiva A. 4. wird der Jahresfehlbetrag des Berichtsjahres in Höhe von 750 Tsd. EUR erfasst.

Die Bilanzposition Passiva B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens (38.397 Tsd. EUR) beinhaltet Investitionszuschüsse für Anlagegegenstände, die analog den Abschreibungen aufgelöst werden.

Die Bilanzposition Passiva C. Rückstellungen in Höhe von 2.913 Tsd. EUR beinhaltet vor allem (Positionen über 50 Tsd. EUR) die Rückstellung für Altersteilzeit (1.109 Tsd. EUR), Prozessrisiken und –kosten (1.074 Tsd. EUR), Urlaubsrückstellung (356 Tsd. EUR), Rückstellungen für die Berufsgenossenschaft (80 Tsd. EUR), Archivkosten (60 Tsd. EUR), Jahresabschlusskosten (52 Tsd. EUR), ausstehende Rechnungen (61 Tsd. EUR) und übrige Rückstellungen (54 Tsd. EUR).

Die Bilanzposition Passiva D, Verbindlichkeiten, weist Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 246 Tsd. EUR, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 316 Tsd. EUR, Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter in Höhe von 9.556 Tsd. EUR, Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 203 Tsd. EUR, Verbindlichkeiten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen in Höhe von 2.640 Tsd. EUR, Verbindlichkeiten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen in Höhe von 64 Tsd. EUR, sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 312 Tsd. EUR und Verwahrgeldkonto in Höhe von 29 Tsd. EUR aus.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter betreffen mit 1.885 Tsd. EUR ein Gesellschafterdarlehen, das in Höhe von 2.100 Tsd. EUR zur Sicherung der Anfangsliquidität der GmbH in Form eines Kassenkredits zum 01.01.2008 von der Landeshauptstadt gewährt wurde, mit 1 Mio. EUR das im Berichtsjahr gegenüber der Bank für Sozialwirtschaft als Gesellschafterdarlehen übernommene Darlehen sowie Altkredite zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und einzelner Kreditinstitute, welche aus dem Eigenbetrieb SSW resultieren und als Folge der Ausgliederung und Übertragung auf WuP weitergereicht wurden. Im Weiteren wird hier ein Darlehen in Höhe von 572 Tsd. EUR zur Finanzierung von Grunderwerbsteuerverbindlichkeiten ausgewiesen.

Mit Erklärung vom 14.03.2011 hat die Landeshauptstadt Magdeburg gemäß Stadtratsbeschluss-Nr. 626-25(V)10 am 01.01.2011 auf die Rückzahlung von drei Gesellschafterdarlehen in einer Gesamthöhe von 3.457 Tsd. EUR zuzüglich Zinsen verzichtet.

In der Bilanzposition Passiva E, Rechnungsabgrenzungsposten, werden Mieterträge fürs Folgejahr erfasst.

Feststellungen gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz ergab keine wesentlichen Beanstandungen.

Im Fragekreis 6 „Interne Revision“ wurde darauf hingewiesen, dass Kontrollen bisher nur intern durch den Bereich Finanzen und die Pflegefachberaterin der Gesellschaft stattgefunden haben und dadurch die Gefahr von Interessenkonflikten gegeben ist. Im Rahmen des

Umstrukturierungsprozesses werden die Maßnahmen zur Beschaffung einer externen Revision ausgearbeitet. Dies soll in 2010/2011 umgesetzt werden.

Es wurde im Fragekreis 12 „Finanzierungen“ unter Buchstabe a) auf Folgendes hingewiesen: „Der Eigenkapitalanteil des Unternehmens gemessen an der Bilanzsumme beträgt 6,6 % (Vorjahr 7,7 %). Damit liegt der Anteil der externen Finanzierungsquellen bei 93,4 % (Vorjahr 92,3 %). Langfristig gebundenes Vermögen von 55.251 Tsd. EUR (Vorjahr 56.925 Tsd. EUR) stehen langfristig verfügbare Mittel von 52.505 Tsd. EUR (Vorjahr 53.540 Tsd. EUR) gegenüber. Das langfristig gebundene Vermögen ist mit 95,0 % (Vorjahr 94,0 %) langfristig finanziert. Somit wird dem betriebswirtschaftlichen Grundsatz, nach dem langfristig gebundenes Vermögen auch langfristig finanziert sein sollte, nicht voll entsprochen.“

Unter Buchstabe b) wird ausgeführt: „Die Finanzlage der WuP gGmbH ist angespannt, die Kassenkredite sind weitgehend in Anspruch genommen worden. Die Laufzeit der Kassenkredite geht bis Ende März 2011.“

Im Fragekreis 13 „Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung“ wird auf Folgendes hingewiesen: „Das Eigenkapital beträgt zum 31. Dezember 2009 3.682 Tsd. EUR (31. Dezember 2008 4.433 Tsd. EUR); es macht 6,6 % (2008: 7,7 %) der Bilanzsumme aus. Unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ergibt sich ein Anteil von 72,1 % (2008: 77,2 %). Diese Kennzahl ist noch angemessen. Eine Anpassung der Finanzierungsstruktur ist für 2011 konkret vorgesehen.“

Im Fragekreis 14 „Rentabilität/Wirtschaftlichkeit“ werden folgende einmalige Vorgänge aufgeführt, die das Jahresergebnis (-750 Tsd. EUR) geprägt haben: „Es entstanden einmalige Aufwendungen aus dem ergangenen Bescheid für Grunderwerbsteuern von 575 Tsd. EUR, welche im Rahmen der Umwandlung entstanden sind. Weiterhin wurden aufgrund des Tarifstreites bezüglich der Geltendmachung der dynamischen Fortgeltung des TVöD 960 Tsd. EUR in die Rückstellungen eingestellt. Als einmaliger Ertrag ist der Auflösungsbetrag aus der Verminderung der Altersteilzeitrückstellung in Höhe von 635 Tsd. EUR unter den Personalaufwendungen erfasst.“

Im Fragekreis 15 „Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen“ weist der Abschlussprüfer daraufhin, dass die Vermietung der Seniorenwohnanlage nicht kostendeckend ist.

Zusammenfassung

Der Aufsichtsrat nahm in seiner Sitzung am 16.03.2011 nach eingehender Prüfung den Jahresabschluss und den Lagebericht 2009 zustimmend zur Kenntnis (Anlage 6). Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss zum 31.12.2009 mit einer Bilanzsumme von 58.366.786,15 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 750.072,98 EUR festzustellen, den Jahresfehlbetrag mit dem Verlustvortrag in Höhe von 1.059.717,66 EUR zu verrechnen und den saldierten Verlust in Höhe von 1.809.790,64 EUR auf neue Rechnung vorzutragen. Weiterhin wird empfohlen, den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer für das Berichtsjahr zu entlasten.

Das Dezernat Finanzen und Vermögen/Beteiligungsverwaltung schließt sich den Empfehlungen des Aufsichtsrates zur Ergebnisverwendung an.

Die Bestellung des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2010 wurde vom Stadtrat in seiner Sitzung am 03.03.2011 beschlossen (Beschluss-Nr. 780-30(V)11).

Das abschließende Prüfungsergebnis 2009 einschließlich des Bestätigungsvermerkes, die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind als Anlagen beigefügt. Der Prüfungsbericht kann nach Absprache im Dezernat Finanzen und Vermögen / Beteiligungsverwaltung eingesehen werden.

Anlagen:

- 1 Bestätigungsvermerk
- 2 Stellungnahme des Abschlussprüfers zur Lagebeurteilung
- 3 Gewinn- und Verlustrechnung 2009
- 4 Bilanz zum 31.12.2009
- 5 Feststellungen aus der Prüfung nach § 53 HGrG
- 6 Beschlüsse des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss 2009
- 7 Lagebericht zum 31.12.2009